

## Es geht um die Einheit Europas



Das Ziel ist die Kosten wert

**Die Europäische Union ist das Fundament unseres Wohlstandes, schreibt Klaus-Peter Flosbach, Finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, in einem Namensartikel für die Financial Times Deutschland. Ein Ausschluss der problematischen Schuldländer aus dem Euro sei nicht die richtige Antwort auf die Krise. An Strukturreformen und Haushaltskonsolidierungen führe kein Weg vorbei.**

Die Europäische Währungsunion erlebt derzeit ihre bisher größte Belastungsprobe. Der Bundestag trifft in dieser Woche eine der wichtigsten Entscheidungen seit Beginn seines Bestehens. Es geht um die Einheit Europas. Und es ist keineswegs klar, ob wir den Höhepunkt dieser Belastungsprobe bereits erreicht haben.

Wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden für den Rettungsschirm stimmen. Die Europäische Union ist das Fundament unseres Wohlstands. Sie ist unsere kulturelle Identität. Erst die Europäische Union verleiht uns das politische Gewicht, mit dem wir unsere Positionen gegenüber anderen Regionen in der Welt wie den USA oder China besser behaupten können. Wir sollten alles daran setzen, diese Errungenschaften zu bewahren und Schaden von Europa abzuwenden.

Ich verschweige nicht, dass die Krise durch Länder verursacht wurde, die über Jahrzehnte hinweg mehr Schulden gemacht haben, als auf Dauer finanzierbar sind. Aber ein Ausschluss dieser Länder aus der Euro-Zone ist nicht die richtige Antwort auf die Krise. Die selig machende Lösung liegt auch nicht in einer Umschuldung. Damit würden wir die Länder nur aus ihrer Verantwortung entlassen, ihre Schulden vollständig zurückzuzahlen.

Genauso wenig besteht eine tragfähige Lösung darin, mit noch größeren Rettungsschirmen für vermeintliche Sicherheit zu sorgen oder durch Konjunkturprogramme scheinbare Wachstumsimpulse zu setzen.

Wir brauchen Vertrauen in unsere Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit. Zentral sind konsequente, wachstumsfördernde Strukturreformen und überzeugende Haushaltskonsolidierungen. Das ist schmerzlich und teilweise langwierig, aber daran führt kein Weg vorbei. Um die Reformen durchzuführen, stellen wir, wo es zwingend notwendig ist, unter harten Auflagen Finanzhilfen zur Verfügung. Aber hierfür fordern wir auch Veränderungsbereitschaft.

Kurzfristige Krisen- und Unterstützungsmaßnahmen müssen durch eine langfristig wirkende Gesamtstrategie ergänzt werden.

*Fortsetzung auf Seite 2*

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



zunächst einmal freuen wir uns über ein erneutes Absinken der Arbeitslosenrate auf 2,79 Millionen in Deutschland. Im Blickpunkt stand in dieser Woche die Abstimmung über die deutsche Beteiligung an der Ertüchtigung der EFSF. Ich habe dafür gestimmt, weil

- wir die Durchschlagskraft des temporären Rettungsschirms auf dem Niveau halten müssen, das im Mai 2010 vereinbart wurde. Bis zur Einführung des ESM ab Mitte 2013 soll die EFSF eine sichere Adresse im Finanzmarkt sein, die in der Krise mit zusätzlichen Instrumenten schnell und zuverlässig handeln kann,
- wir verhindern müssen, dass die Krise eines Landes auf andere Länder sowie auf die Finanz- und Realwirtschaft übergreift,
- wir damit ein Signal für die Märkte geben, dass es sich nicht lohnt, auf das Kippen eines weiteren Landes zu spekulieren.

Im Verkehrsausschuss haben wir in dieser Woche die Debatte zum Verkehrsetat 2012 fortgesetzt. An Investitionsmitteln für die Verkehrsinfrastruktur stehen 10 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist eine Verstärkung auf hohem Niveau. Dennoch hoffen wir, angesichts gewaltiger Bedarfe auf einen Aufwuchs der Investitionsmittel vor allem für die Straße und die Bundeswasserwege. Diese und weitere Termine begleiteten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Diskussion mit Bundesfinanzminister Schäuble in der Landesgruppe NRW
- Diskussion mit Schulklassen der Städtischen Realschule Drensteinfurt und des Albertus-Magnus-Gymnasiums Beckum
- Gespräch mit Ralf Pelkmann, Dienststellenleiter des THW Beckum, im Rahmen der Aktion „MdB trifft THW – Helfer rund um die Uhr“ am Reichstag
- Erneutes Gespräch mit Thomas Grundmann und Bundesumweltminister Röttgen zum Kreislaufwirtschaftsgesetz
- Gespräch der AG Verkehr mit dem GdW
- Übergabe einer Spende für den Bau des Berliner Stadtschlösses
- Gespräch der Arbeitnehmergruppe mit der Bundeskanzlerin im Kanzleramt zu arbeits- und sozialpolitischen Themen

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und möchte Sie zudem auf „Aktuelles“ auf meiner Homepage [www.cdu-sendker.de](http://www.cdu-sendker.de) hinweisen.

Ihr

Reinhold Sendker MdB

Fortsetzung von Seite 1:

Mit ihr muss die verlässliche Grundlage dafür geschaffen werden, dass die Finanzhilfen auch zurückgezahlt werden: Das ist zum einen die Stärkung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts und zum anderen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den Ländern.

Die Maßnahmen müssen in einem gesamtwirtschaftlichen Überwachungsverfahren konsequent geprüft und gegebenenfalls geahndet werden. Durch eine verbesserte Finanzmarktregulierung muss der Finanzsektor krisenresistenter gemacht werden. Seine Anfälligkeit gegenüber Staatsschuldenkrisen muss verringert und Ansteckungseffekte innerhalb des Finanzsektors müssen so weit wie möglich vermieden werden. Sollte trotz dieser Maßnahmen in Zukunft die Abwendung einer vergleichbaren Staatsschuldenkrise nicht gelingen, muss für diesen Fall ein eindeutiges Regelwerk in Kraft sein. Zu dessen Kernelementen gehört die Beteiligung des Privatsektors.

Eine fehlende Unterstützung dieser Euro-Länder würde zu Ansteckungsgefahren führen, deren Ausmaß niemand abschätzen kann. Die Kosten einer Ansteckung anderer Euro-Staaten dürften dann aber weit über den Aufwendungen für den jetzigen Rettungsschirm liegen. Damit würden wir unsere wirtschaftlichen Grundlagen zerstören.

Eine spannungsfreie wirtschaftliche Entwicklung in der EU und die Stabilität der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion - einschließlich der gemeinsamen Währung - liegen im besonderen Interesse Deutschlands. Die Bundesrepublik profitiert vom Euro, weil er für Wachstum und Arbeitsplätze sorgt. Der Euro ist seit seiner Einführung eine mindestens genauso harte und stabile Währung wie die D-Mark. Unabhängig vom ökonomischen Nutzen ist die einheitliche Währung aber auch politisch unverzichtbar. Sie ist das bislang weitreichendste Ergebnis und Bekenntnis der europäischen Integration und versetzt Deutschland als Teil des größten Binnenmarkts der Welt in die Lage, die Globalisierung mitzugestalten. Als einflussreicher Akteur in Europa hat die Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit, ihr Gesellschaftsmodell zu bewahren. Allein wäre sie chancenlos.

Bildquelle: Wolfgang Weiss

## Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts konsequent umgesetzt

Negatives Stimmgewicht beseitigt, Überhangmandate reduziert



**Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages hat die Beratungen über eine Änderung des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag abgeschlossen und den Entwurf der Koalitionsfraktionen dem Plenum zum Beschluss empfohlen. Hierzu erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Günther Krings:**

„Das Wahlrecht wird entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts geändert. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP haben sich jetzt abschließend auf eine Neuregelung verständigt, die auch Anregungen von der Sachverständigenanhörung aufnimmt. Das Gesetz kann diese Woche im Bundestag verabschiedet werden. Damit haben wir ein gültiges und verfassungskonformes Wahlrecht.“

Der jetzt beschlossene Entwurf schließt das negative Stimmgewicht aus. Dessen wesentliche Ursache – die Verbindung der Landeslisten – wird abgeschafft. Die Grundstruktur unseres bewährten Wahlrechts wird aber nicht angetastet. Die durch die Listentrennung möglicherweise entstehenden Ungerechtigkeiten werden nach einer im Innenausschuss beschlossenen Änderung nun so bundesweit aufgefangen, dass sich auch dadurch kein negatives Stimmgewicht ergibt. Durch diese Änderung wird zudem eine tendenzielle Reduzierung der Überhangmandate bewirkt. Im Ergebnis bleibt unser Land also bei unserem anerkannten und bewährten personalisierten Verhältniswahlrecht. Die Modelle der Opposition zielten dagegen nicht auf eine Änderung des Wahlrechts, sondern auf die Beeinflussung zukünftiger Wahlergebnisse zu deren Gunsten. Die Opposition wollte nur die Beseitigung der Überhangmandate, die vom Bundesverfassungsgericht aber nicht angegriffen worden waren. Bedauerlich ist, dass sich die Oppositionsfraktionen einer Einigung auf der Grundlage des einzigen verfassungskonformen Entwurfes verweigert haben. Auch das Angebot, die Überhangmandate entlang der durch das Bundesverfassungsgericht aufgezeigten Grenzen gesetzlich zu beschränken, hat sich zuletzt die SPD verweigert.“

### Impressum:

Ausgabe Nr. 16/2011  
29. September 2011

**Landesgruppe NRW**  
der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421  
Email:  
fabian.bleck@cducsu.de

**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth  
Fabian Bleck  
www.cdu-landesgruppe-  
nrw.de